

# Bericht und Gespräch

Christoph Goldt

## Zwischen Staatenbund und Republik

### Welches Integrationsziel hat die EU?

„Viele Wege führen nach Rom“ – so lautet ein bekanntes Sprichwort. Es zeigt, daß das Ziel – nämlich Rom als Zentrum der Christenheit – das ist, worauf es ankommt. Dieses Wort steht im Gegensatz zu der heutzutage oft gehörten anderen Aussage: „Der Weg ist das Ziel“. Während es im ersten Fall darum geht, ein Ziel zu erreichen, das Vorteile verspricht, so geht es in dem zweiten Fall offensichtlich um eine auf Dauer angelegte Beschäftigungstherapie, zumindest dann, wenn diese Aussage im säkularen Kontext Anwendung findet.

Überträgt man dieses auf die Europäische Union, so erkennt man auf den ersten Blick das Dilemma: Worin besteht der Sinn dieses Zusammenschlusses – und welches Ziel soll erreicht werden? Im folgenden geht es um die oft diskutierte, aber nie von der nationalstaatlichen Alltagspolitik losgelöste Frage der Finalität der EU: Das *de Gaulle'sche* „Europa der Vaterländer“, die in den Gründerjahren immer wieder gehörte Variante „Vereinigte Staaten von Europa“, das „Kosmopolitische Europa“<sup>1</sup> oder die „Europäische Republik“, die jüngst die Politikwissenschaftlerin *Ulrike Guérot* in die Diskussion brachte<sup>2</sup>. Wohin soll also die politische Reise der EU gehen? Gibt es im Europa der (noch) 28 Mitgliedsstaaten überhaupt ein gemeinsames Ziel im Sinne einer finalen (staatlichen) Organisationsstruktur? Im folgenden soll diese Frage vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte skizziert werden.

#### 1. Europa als Idee

Die Frage, wann „Europa“ ins Bewußtsein der Europäer trat, ist mehrschichtig – und vor allem älter, als bei aktuellen Diskussionen den Teilnehmenden oft bewußt ist. Hier hat vor allem der französische Historiker *Jacques Le Goff* (1924-2014) die Thematik in den Blick genommen und darauf verwiesen, daß „das Mittelalter die Epoche der ersten Entwürfe, der Genese Europas als Realität und als Vorstellung war, daß es die entscheidende Phase der Geburt, der Kindheit und der Jugend Europas darstellt, ohne daß die Menschen jener Jahrhunderte die Idee oder den Willen gehabt hätten, ein einheitliches Europa zu schaffen. Nur Papst *Pius II. (Aeneas Silvius Piccolomini)*, Papst von 1458 bis 1464) hatte eine klare Vorstellung von Europa. Im Jahr 1458 verfaßte er das Werk *De Europa*, dem er 1461 ein *De Asia* folgen ließ.“<sup>3</sup>

*Le Goff* hat als führender Vertreter der politisch progressiv-linken Annales-Schule<sup>4</sup>, deren damals neuer Ansatz ein interdisziplinäres Zusammenwirken verschiedener wissenschaftlicher Fachrichtungen war, jenseits der Theologie- und Kirchengeschichte

aus kulturgeschichtlicher Sicht in besonderer Weise jene Aspekte herausgearbeitet, die bestätigen, wie prägend und identitätsstiftend das Christentum für Europa gewesen ist.<sup>5</sup> Ebenso deutlich hatten vorher bereits die Begründer der „Annales-Schule“, *Marc Bloch* und *Lucien Febvre*, auf die Bedeutung des Christentums für Europa und seine Entwicklung hingewiesen. *Le Goff* zitiert *Febvre*: „Während des ganzen Mittelalters (ein Mittelalter, das viel weiter in die Neuzeit hineinreichen sollte) hat der mächtige Einfluß des Christentums, das ständig große, vom Boden abgelöste Strömungen christlicher Zivilisation über die ungefestigten Grenzen kaleidoskopischer Königreiche trug, daran mitgewirkt, den Menschen im Abendland ungeachtet aller Trennungslinien ein gemeinsames Bewußtsein zu verleihen, ein Bewußtsein, das, nach und nach säkularisiert, ein europäisches Bewußtsein geworden ist.“<sup>6</sup> Das Christentum wirkte also im Vielvölkerkontinent Europa mit seinen unterschiedlichen Kulturen als Identität stiftend, und zwar so, daß die verschiedenen Kulturen nicht verschwanden oder in einem undefinierbaren Mix untergingen, sondern ihre Identität durch das einigende Band des christlichen Glaubens und der damit einhergehenden Werte, insbesondere der Zehn Gebote<sup>7</sup>, lebten – auch dann, wenn trotz dieser vorhandenen gemeinsamen Werte die harte Realität der Politik und der Machtinteressen immer wieder zu Kriegen und Konflikten führten.

Europa als „Idee“, als – wenn auch unterschwellige – Vorstellung eines „gemeinsamen geographischen Raumes“, der – wie auch immer – zu gestalten ist, ist also in der europäischen Kulturgeschichte mit allen ihren Prozessen von wirtschaftlichen Aufschwüngen und Niedergängen, Kriegen und Friedensschlüssen, Zeiten der kulturellen Blüte und Zeiten zivilisatorischen Desasters über das einigende Band des Christentums festverwurzelt. Nach dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) rückte wieder verstärkt in das Bewußtsein der Europäer, was Europa eigentlich ist, insbesondere jedoch nach den Napoleonischen Kriegen und dem Wiener Kongreß (1814/1815), bei dem es zwar nicht um die Einheit Europas ging, aber immerhin um eine politische Neuordnung des monarchischen Staatensystems in Europa.

Es war den Überlebenden der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts klar, daß sich derartige Katastrophen nie wieder ereignen durften.<sup>8</sup> Die einzige Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, bestand in der Überwindung des Nationalismus auf der Basis einer immer engeren internationalen Zusammenarbeit und politisch-organisatorischen Verflechtung der Staaten Europas – auf einer völlig neuen Qualitätsstufe, der Supranationalität.

Erste Vorstellungen für eine solche europäische Vereinigung, denen man eine politische Weitsicht attestieren kann, wurden in der Zwischenkriegszeit entwickelt. Bereits der Erste Weltkrieg hatte aufgrund seiner Schrecken dazu geführt, daß es Kreise gab, die sich von einer nationalstaatlichen und nationalistischen Politik abgewandt hatten, um das friedliche Zusammenleben der europäischen Völker denkbar und möglich zu machen – auch, wenn sie im damaligen realpolitisch-nationalistischen Kontext der Zwischenkriegszeit faktisch keine Chance auf Gehör und Realisierung hatten. Der Zweite Weltkrieg und sein apokalyptisches Grauen brachten dann in breiten Bevölkerungskreisen Europas den Durchbruch für den europäischen Gedanken.<sup>9</sup> Hier ist zum Beispiel auf das „Manifest von Ventotene“ von *Altiero Spinelli* über die „Vereinigten Staaten von Europa“<sup>10</sup> (1941), die 1944 gegründete Benelux-Union, oder auf den Ver-

trag der polnisch-tschechoslowakischen Exilregierung über die Bildung einer Konföderation hinzuweisen.<sup>11</sup>

Aus dem historischen Zusammenhang heraus wird klar, daß alle Vorstellungen über eine – wie auch immer organisierte und institutionalisierte – europäische Vereinigung aus der Intention heraus entstanden sind, Kriege und hegemoniale Staaten zu verhindern, den Frieden auf Dauer zu sichern und zur Völkerverständigung beizutragen. Dazu kamen – nach dem Ende der Anti-Hitler-Koalition 1945 spätestens mit dem Potsdamer Abkommen und des damit verbundenen ideologischen System-Antagonismus im sich mehr und mehr verstärkenden Kalten Krieg<sup>12</sup> – mit höchster Dringlichkeit die Fragen des ökonomischen Wiederaufbaus, der seinen Anfang 1947 mit *Truman*-Doktrin und dem *Marshall*-Plan (European Recovery Program) 1948 nahm und in der – ebenfalls 1948 gegründeten – Organization for European Economic Cooperation (OEEC) institutionalisiert wurde. Mit der Gründung des Europarates 1949 in Folge des Haager Kongresses entstand schließlich die erste (gesamt-)europäische Institution.<sup>13</sup>

„Die deutschlandpolitischen Planungen der französischen Regierung waren dabei zunächst von Konzepten geprägt, die mit unterschiedlichen Strategien die ‚deutsche Gefahr‘ dauerhaft beseitigen und Frankreich eine gewissen Vormachtstellung in Europa sichern wollten“, so *Ulrich Lappenküper*.<sup>14</sup> Da der Europarat die in ihn gesetzten Erwartungen aber nicht erfüllte, so habe *Jean Monnet*<sup>15</sup> die Idee gehabt, „eine supranationale Autorität im Montanbereich mit einer beschränkten Anzahl von Teilnehmern unter Einschluß der Bundesrepublik zu schaffen.“<sup>16</sup> Am 9. Mai 1950 legte der französische Außenminister *Robert Schuman* im Rahmen einer Regierungserklärung den nach ihm benannten, aber auf Vorschlägen *Jean Monnets* basierenden „Schuman-Plan“ vor, der letztlich das entscheidende Signal zur europäischen Vereinigung im Sinne von Supranationalität war. Der Zusammenschluß in der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS, „Montanunion“) war natürlich gleichermaßen aus einem wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bedürfnis Frankreichs heraus motiviert – und aus der schwierigen Situation, die sich aus der Frage des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat einerseits und der für Deutschland psychologisch höchst brisanten Saar-Frage ergab.<sup>17</sup>

Bereits zwei Monate zuvor, am 7. März 1950, hatte *Konrad Adenauer* gegenüber dem Journalisten *Howard Kingsbury-Smith* (1914-2002) den überraschenden Vorschlag einer vollständigen Union zwischen Frankreich und Deutschland gemacht.<sup>18</sup> „Die Bildung des Europarates, die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sollten der Befriedung Europas dienen. Insbesondere die supranationalen Organisationen sollten die vertragschließenden Mächte durch Souveränitätsverzichte so eng zusammenführen, daß innereuropäische Kriege unmöglich würden. Umsichtig und vorsichtig wurde bereits an dem Entwurf eines politischen europäischen Statutes gearbeitet. Die Bundesrepublik beteiligte sich an diesen Arbeiten“, schrieb der Kanzler in seinen „Erinnerungen“.<sup>19</sup> Ähnlich wie der *Schuman*-Plan gewann auch der *Pleven*-Plan von 1952 an Bedeutung, der eine militärische Integration vorsah und zur Gründung der ebenfalls supranational angelegten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hätte führen sollen, letztlich 1954 in der französischen Nationalversammlung jedoch scheiterte.<sup>20</sup>

Wie bedrohlich eine immer engere (institutionelle) Zusammenarbeit in Westeuropa und im Rahmen des transatlantischen Bündnisses mit den USA aus Sicht der Sowjetunion war, zeigte das Angebot der sogenannten „Stalin-Noten“ von 1952, mit denen Moskau versuchte, ein vereinigt, aber neutrales – und dementsprechend dem Einfluß der Sowjetunion ausgeliefertes – Deutschland zu schaffen, und damit die Westintegration zu verhindern.

## 2. Das gemeinsame Europäische Haus – mehr als nur Ökonomie

Der Wunsch nach der europäischen Vereinigung war also vor allem dem eigenen Erleben grauenhafter Ereignisse geschuldet. Heute, mehr als 70 Jahre später, hat sich gezeigt, daß diese Weichenstellung zur Integration und transatlantischen Zusammenarbeit in der 1949 gegründeten NATO Europa eine einmalig lange Friedenszeit beschert hat. Während die Gründergeneration der heutigen EU die Schrecken der beiden Weltkriege oder zumindest des Zweiten Weltkrieges erlebt und somit eine völlig andere emotionale Beziehung zu diesem faktisch einmaligen Friedenswerk seit 1648 hatte, haben jüngere Generationen diese nicht. Es fehlt also der heutigen Generation an einer neuen und einsichtigen Begründung für die Integration Europas. Sicherheit und Wohlstand sind es primär jedenfalls nicht, denn die heute 50- und 60-Jährigen und die noch jüngeren Generationen sind in einem für sie selbstverständlich sicheren und wohlhabenden West-Europa aufgewachsen. Sie erfahren die Europäische Union nur als große, ferne und bürokratische Institution, die sich mit teilweise „absurden“ Fragen befaßt, Geld kostet und obendrein nicht einmal auf allen Ebenen demokratisch legitimiert ist. Insofern ist das dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission *Jacques Delors* zugesprochene Diktum: „Einen Binnenmarkt kann man nicht lieben“ zutreffend.

Aber es ging bei der Gründung auch nicht um einen Binnenmarkt, sondern primär um Sicherheitspolitik, bei der die integrierte Politik im Montanbereich, also die Ökonomie, der Hebel – auch für eine beginnende internationale Gleichberechtigung der jungen Bundesrepublik – war. Die rein ökonomische Komponente kam mit den Römischen Verträgen 1957 hinzu, entwickelte sich dann aber zum vorherrschenden Gegenstand der Integration der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) – der Name war Programm. Und das einzige – erst seit 1979 – demokratisch legitimierte Organ, das Europäische Parlament, wird nicht nach einem einheitlichen europäischen Wahlmodus gewählt, sondern in jedem Mitgliedsland nach dessen eigenem Wahlrecht. Und nach dem Fall des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa, als die sich in einem Transformations- und Transitionsprozeß befindlichen Staaten endlich ihrem Ziel nahe wähnten, in Frieden und Freiheit den gleichen Wohlstand zu erlangen wie die Staaten West-Europas, hatte die damalige EG gar keine andere Wahl, als diesen Staaten eine konkrete Perspektive für einen Beitritt zu eröffnen, auch wenn diese Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft noch lernen mußten.

Nach nunmehr rund 30 Jahren nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wird offensichtlich, daß man insbesondere in diesen Ländern – aber nicht nur in diesen, wie das britische Referendum zum „Brexit“ gezeigt hat – den Weg einer weitergehenden Integration nicht unbedingt beschreiten, sondern sich, auf die nationalstaatliche Souveräni-

tät und Eigenständigkeit berufend, mit dem derzeitigen Integrationsstand zufrieden geben möchte.

Welche Hinweise sind nun aber in den aktuellen EU-Verträgen („Vertrag über die Europäische Union“ und „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“) hinsichtlich eines Zieles dieser Union zu finden? In Artikel 1 Abs. 2 EUV heißt es: „Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden.“ Verbunden mit den in Art. 3 EUV genannten Zielen, die die EU habe, ergibt sich daraus folgendes Bild: Die EU will Frieden, ihre Werte (Art. 2 EUV: Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit) und das Wohlergehen ihrer Völker sichern, einen Raum der Freiheit und ohne Binnengrenzen ermöglichen, die Außengrenzen sichern, einen Binnenmarkt mit Wirtschaftswachstum und Preisstabilität und sozialem Fortschritt und Gerechtigkeit ermöglichen, das kulturelle Erbe schützen, eine Wirtschafts- und Währungsunion errichten, und sich weltweit für Frieden, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung engagieren. Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist im Art. 20 zudem die Einführung einer Unionsbürgerschaft genannt, die die nationalstaatliche zwar nicht ersetzt, aber zu dieser subsidiär hinzutritt. Nach der herrschenden, auf *Georg Jellinek* (1851-1911) beruhenden Staatsrechtslehre ist ein Staat existent, wenn er ein Staatsterritorium, ein Staatsvolk und eine Staatsgewalt besitzt – und – inzwischen hinzutretend – von Drittstaaten anerkannt wird. Darauf sei in diesem Kontext nur kurz hingewiesen und die Frage aufgeworfen, wie es um eine Staatsqualität der EU (Stichwort: Kompetenz-Kompetenz zwischen EU und Mitgliedstaaten) bestellt ist.

### 3. Mehr Europa? – Aber von welchem?

Die entscheidende Frage ist nun, wohin und auf welche Weise sich die Europäische Union sich entwickeln sollte: Evolutionär oder Revolutionär? Bei der Beantwortung dieser Frage sind mehrere Entwicklungslinien zu betrachten. Die Anfangsdynamik aus den Erfahrungen zweier Weltkriege und des globalen politischen Systemantagonismus in Form des Kalten Krieges (der, wie man u.a. an den Berlin-Krisen und der Kuba-Krise erkennen konnte, auch das Potential für einen heißen Krieg in sich barg) ist nach mehr als 60 Jahren schlicht nicht mehr gegeben, für die seit den 1950er Jahren aufgewachsenen Generationen in West-Europa waren Freiheit, Sicherheit und Wohlstand eine Selbstverständlichkeit, ohne sich persönlich dafür ins Zeug legen zu müssen. Bewußt wurde diesen Nachkriegsgenerationen die Situation in Ansätzen erst wieder, als es zum Zusammenbruch der sozialistisch-kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa seit 1989 kam und jedermann klar wurde, daß diese Revolutionen durchaus das Potential hatten, mit militärischer Gewalt niedergewalzt zu werden.

Die sich nach dem Ende des West-Ost-Antagonismus in Transitions- und Transformationsprozessen befindlichen neuen demokratischen Staaten drängten nun aus vielfältigen Gründen in die EU und NATO, hatten aber – wie sich im Nachgang herausstellte – teilweise andere Erwartungshaltungen an die EU als die „alten“ EU-Mitglieder. Hier wie dort gab und gibt es derzeit sich völlig widersprechende Vorstellungen über das Wesen, den Zweck und letztlich über die Finalität der EU bis hin zu der These, daß es

keine Finalität im Sinne eines Entwicklungsendes geben könne, weil jede Struktur und Organisation sich den Anforderungen und Herausforderungen der jeweiligen Zeit Stellen und anpassen müsse. Wie ist also die Frage nach der Finalität der EU zu beantworten?

Die zur Diskussion stehenden Europa-Modelle wurden im ersten Abschnitt bereits erwähnt. Unabhängig davon steht die Frage im Raum, ob die Möglichkeit einer positiven Weiterentwicklung der jetzigen EU besteht, oder es zu einem kompletten Neubau kommen muß, der mit dem bisherigen nichts mehr gemein hat, um den Gedanken der Einheit Europas nicht nur zu retten, sondern zukunftsfähig zu machen. *Ulrike Guérot*, ausgewiesene Expertin zum Thema „Europapolitik“, hat vor nicht allzu langer Zeit den großen und provozierenden Wurf einer Utopie gemacht: Die Europäische Republik. Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen, daß sich die EU zu einem bürokratischen Moloch entwickelt hat, der unter einem eklatanten Demokratie- und Gerechtigkeitsdefizit leidet (auch wenn das EU-Parlament seit 1979 direkt gewählt wird und in einem jahrelangen Prozeß immer umfangreichere politische Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte erworben hat), keine positiv besetzte Vision für die EU-Bürger über Sinn, Nutzen, Vorteil und Ziel der EU bereithält und diese zudem wenig volksnah vermittelt, schlägt sie mit einer Vielzahl von Argumenten auch aus der politischen Philosophie die Gründung einer Europäischen Republik vor. Nur diese postnationale Republik garantiere vor allem die europaweite Gleichheit aller Bürger vor dem Recht, die gleichen politischen Mitwirkungsmöglichkeiten, eine ökonomische Prosperität – und vor allem eine emotionale Bindung der Bürger an *ihre* Republik, und löse obendrein mit einem Schlag derzeitige Regionalkonflikte wie in Katalonien, im Baskenland oder in Schottland.

Die Argumente *Ulrike Guérots* sind auf den ersten Blick faszinierend – aber ein entscheidender Faktor wird unterschätzt: Die Kultur(-geschichte) der europäischen Nationen, die ja bisher als ein Wesensmerkmal eines lebendigen und vielfältigen Europas angesehen worden sind. Entscheidend dabei ist, daß es für eine Republik auch einen entsprechenden *Demos* geben muß. Dort, wo verschiedene Kulturen mehr oder weniger zwangsweise in einen Staat hineingezwängt worden sind, bestand immer die Gefahr, daß diese Systeme auseinanderfallen, immer wieder kriegerisch, wie allein *in Europa* der Balkankrieg zeigte, als Jugoslawien religiös-kulturell implodierte.

Mit Bezug auf *Richard Graf Coudenhove-Kalergi*, daß die Europäische Union ein Mittel und kein Zweck sei, stellte der britische Historiker *Timothy Garton Ash* fest: „Wie sollte es angesichts all dieser Krisen mit der institutionellen Architektur der EU weitergehen? ... Unsere schöne europäische Vielfalt ist nicht nur die von Staaten und Geschichten, sondern auch die von Kulturen und den Sprachen, in die diese eingebettet sind. Das ist der Hauptgrund, warum eine europäische Öffentlichkeit weiterhin nur ein Minderheitenphänomen ist. Natürlich sollten wir die Möglichkeiten des Internets so gut es geht nutzen, um europaweite Medien zu entwickeln, aber wir sollten auch anerkennen, daß diese sprachlichen und kulturellen Unterschiede der Entstehung eines europäischen *Demos* und dem Aufbau einer direkten europäischen Demokratie auf absehbare Zeit eindeutige Grenzen setzen. Denn Politik ist auch Theater, und Theater benötigt nicht nur eine gemeinsame Bühne, sondern auch eine gemeinsame Sprache. Das erklärt auch, warum ein direkt gewähltes Europaparlament zwar beträchtliche demokratische



Kontrolle über europäische Gesetze und politische Maßnahmen ausübt, die Umfragen von Eurobarometer und jetzt jede Menge eigener Erfahrungen jedoch zeigen, daß die meisten Europäer nicht das Gefühl haben, sie würden in Brüssel direkt repräsentiert und ihre Stimme findet dort Gehör.<sup>21</sup>

Die Utopie, die *Guérot* entfaltet, um die Zukunft Europas einmal radikal anders zu denken, weil Europa – so ihre Überzeugung – komplett neu gebaut werden müsse, ist rein politiktheoretisch gut fundiert, insofern es um Strukturen und das Funktionieren der dazugehörenden Staatsorgane geht. Dabei geht es ihr aber nicht um Reparaturarbeiten an einem – so wie sich die EU in ihren Augen derzeit darstellt – nicht mehr zu reparierendem Haus, sondern man müsse Europa dadurch eine neue Akzeptanz bei der Bevölkerung zu verschaffen, in dem es eben *mit* dem europäischen Demos, dem Souverän, neu gebaut werde. Das bedeutet aus ihrer Sicht, daß es unterhalb der Ebene der Europäischen Republik, die durch ein Zwei-Kammer-System nach US-Vorbild regiert wird, keine Nationalstaaten mehr gibt, sondern nur die Ebene der autonomen Regionen bzw. Provinzen. Ihr Argument: Die Regionen, die auch heute schon in der EU („Europa der Regionen“) eine wichtige Rolle spielen, würden auf diese Weise – und nicht zuletzt aus Sicht ihrer jeweiligen Bewohner – *aufgewertet*, die Nationalstaaten hingegen jedoch nicht *abgewertet* – weil es letztere dann *per se* nicht mehr geben würde. Sie wolle zwar nicht einer Kleinstaaterei das Wort reden, aber die europäische Geschichte sei erst seit den vergangenen zwei- bis dreihundert Jahren nationalstaatlich überbaut worden. Bis dahin sei die Geschichte Europas durch die Regionen und einem europäischen Städtenetzwerk gekennzeichnet gewesen.

Aber *Guérot* geht noch einen Schritt weiter. Die Idee einer Europäischen Republik und den mit ihr verbundenen gleichen Rechten für jeden Staatsbürger, soll dahingehend erweitert werden, daß es eines Tages nicht nur einen Europäischen Bürger gibt, sondern daß dieses Bürgertum in ein Weltbürgertum mündet: „Der europäische ‚Raum des Regierens‘ ist immer nur temporär fest konstruiert; er muß quasi permanent zum Ziel haben, als (nicht-imperiale) *Idee* von Europa weiter in die Grenzenlosigkeit ausgedehnt zu werden, bis sie schließlich die ganze Welt und mithin alle Menschen als Weltbürger umfaßt. In diesem Sinn soll der Begriff des europäischen Bürgertums als Vorläufer eines Weltbürgertums verwendet werden.“<sup>22</sup> An anderer Stelle hat sich der Autor des vorliegenden Aufsatzes aus vielfältigen Gründen gegen einen Weltstaat und gegen eine zentral gelenkte Weltinnenpolitik ausgesprochen.<sup>23</sup> Unabhängig davon, daß auch ein Weltstaat keinen Frieden garantieren kann und daß nicht garantiert ist, daß ein solcher nicht in eine Diktatur oder Tyrannei pervertieren kann: Wohin sollten zum Beispiel Menschen fliehen können, die vielleicht von einem solchen Weltstaat bzw. dessen Regierung zu Unrecht verfolgt würden? Es würde nicht die Möglichkeit eines Asyls in einem anderen Staat geben, weil es keinen weiteren Staat gibt. Eine wünschenswerte Perspektive?

Wie es um die Wirtschafts- und Wertegemeinschaft EU bestellt ist, ist spätestens mit den Überlegungen eines „Grexit“ und der Frage nach einer Transfer-Union klageworden. Daß sich später Großbritannien durch einen Volksentscheid für den „Brexit“ entschied, ist ebenso eine europapolitische Bankrotterklärung der bisherigen EU-Politik der Mitgliedsstaaten bzw. des Europäischen Rates wie das politische Desaster in der Flüchtlings- und Migrationskrise seit 2015. Die Aufnahme zahlreicher neuer mittel-

und osteuropäischer Staaten seit den Wendejahren 1989/90 und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 war (sicherheits-)politisch alternativlos, barg aber auch Risiken in sich, die sich bei aktuellen Herausforderungen wie der Flüchtlings- und Migrationskrise nun zeigen. Die Erwartungshaltungen in diesen Staaten – wie zum Beispiel in den sog. Visegrád-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei – an die EU scheinen offensichtlich wesentlich von dem abzuweichen, was die Gründerväter der EU beabsichtigten. Der mit der Flüchtlings- und Migrationskrise sich verstärkende Rechtspopulismus in verschiedenen Staaten der EU, der seine Stimme zugunsten eines neuen Nationalismus erhebt, ist der Ungeist, der nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts überwunden geglaubt war.

#### 4. Fazit

Daß Europa sich derzeit in einer erheblichen Krise befindet und das gemeinsame Haus Europa Risse bekommen hat, ist offenbar – letztlich zutage getreten durch den erheblichen Flüchtlings- und Migrationsdruck. Es wurde dadurch deutlich, daß die Vorstellungen davon, was die EU ist, weshalb man in ihr Mitglied ist, welchen Sinn sie insgesamt hat, welche Werte sie vertritt und welchen Weg sie weiter beschreiten soll, völlig disparat sind. Insbesondere die Staaten, die nach dem Fall des Kommunismus ihre Freiheit erlangten und der EU beitraten, wollen dezidiert ihre Nationalstaatlichkeit und damit Souveränität behalten und nicht, wie im Entwurf *Ulrike Guérot*s, eine Zukunft als „Region“ in einer Europäischen Republik einnehmen. Wie soll es also weitergehen?

Die heutige EU ist von ihrer Gründung an ein Kind ihrer Geschichte, die „Architektur“ wuchs bzw. veränderte sich nach den jeweils aktuellen Erfordernissen. Es wurden nur einzelne Stellschrauben gedreht, das System an sich in seiner Architektur aber nicht in Frage gestellt. Wer heute eine andere Architektur Europas will, hat nur die Möglichkeit, das alte Europäische Haus abzureißen und völlig neu zu bauen, oder mit Geduld dieses Haus *peu à peu* zu renovieren. Die „Europäische Republik“ ist und bleibt wohl eine Utopie. Ein gangbarer Weg wäre aber auf alle Fälle die alte und wohl allein vielversprechende Perspektive der „Vereinigten Staaten von Europa“. Nur in diesem Modell kann Europa einerseits als starke Einheit in der Globalpolitik wahrgenommen werden, andererseits seinen Mitgliedsstaaten ermöglichen, ihren Staatscharakter und ihre Identität zu erhalten. Alle anderen Varianten würden die Beteiligten überfordern und das historisch einmalige Projekt möglicherweise sprengen.

#### Anmerkungen

- 1) Vgl. dazu Goldt, Christoph: Die Europäische Union und der Gottesbezug. Nach dem Vertrag von Lissabon. In: Die Neue Ordnung, 62. Jg, 3/2008, S. 195 und Anm. S. 199.
- 2) Vgl. Guérot, Ulrike: Warum Europa eine Republik werden muß. Eine politische Utopie. Lizenzausgabe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2016.
- 3) Le Goff, Jacques: Die Geburt Europas im Mittelalter. München 2004, S. 13. Vgl. auch Helm-rath, Johannes: Art. „Pius II.“, in: Lexikon der Päpste und des Papsttums (Lexikon für Theologie und Kirche kompakt), Freiburg/Basel/Wien 2001, Sp. 311-314.
- 4) Vgl. zur „Annales-Schule“ Raphael, Lutz: Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart. München 2003, S. 96-116.



- 5) Vgl. zu diesem Themenkomplex allgemein u.a. Angenendt, Arnold: Geschichte der Religiosität im Mittelalter, 2., überarb. Aufl., Darmstadt 2000, S. 19 f., S. 295 ff.
- 6) Ders.: Die Geburt Europas, S. 14. Zitat aus einer Vorlesung von Lucien Febvre, die er nach Angaben von Le Goff 1944/45 am Collège de France hielt.
- 7) Vgl. dazu Goldt, Christoph: Die Europäische Union und der Gottesbezug, S. 185-199, hier insbesondere S. 185 mit Bezug auf die These des Rechtswissenschaftlers Christoph Becker bezüglich der Zehn Gebote als ältester Verfassung der Welt.
- 8) Ders., Die Europäische Union und der Gottesbezug, hier insbes. S. 190-193.
- 9) Vgl. dazu Loth, Wilfried: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957. 2. Aufl. Göttingen 1991.
- 10) Gruner, Wolf D./Woyke, Wichard: Europa-Lexikon. Länder, Politik, Institutionen. München 2004, S. 81.
- 11) Ebd.
- 12) Vgl. dazu u.a. Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991, München 2017.
- 13) Zur Geschichte des Haager Kongresses und der Entstehungsgeschichte des Europarates siehe u. a. Loth: Der Weg nach Europa.
- 14) Vgl. dazu Lappenküper, Ulrich: Der Schuman-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Jg. 42 (1994), Heft 3, S. 403-445., hier S. 405.
- 15) Jean Monnet, 1888-1979, Unternehmer und in verschiedenen Positionen in der französischen Wirtschaftspolitik tätig.
- 16) Lappenküper: Der Schuman-Plan, S. 408.
- 17) Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955. 8. Aufl., München 1990, S. 253-261.
- 18) Vgl. dazu Adenauer: Erinnerungen 1945-1953, S. 311-316.
- 19) Vgl. dazu ders., Erinnerungen 1945-1953, S. S. 563
- 20) Westeuropäische Union (WEU), 1954 gegründeter militärischer Beistandspakt zwischen Frankreich, Italien, Deutschland und den Benelux-Staaten, trat 1955 mit den Pariser Verträgen in Kraft. 2011 in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU integriert.
- 21) Timothy Garton Ash: Festvortrag 60 Jahre Politische Akademie in Tutzing am 31. Mai 2017 im Bayerischen Landtag, Bayerischer Rundfunk, Mediathek (<https://www.br.de/mediathek/video/denkzeit-festakt-60-jahre-akademie-fuer-politische-bildung-tutzing-av:5914460f45310b0012b35c9d>), 1:32:00 ff., abgerufen am 6. Mai 2018.
- 22) Guérot: Warum Europa eine Republik werden muß, S. 117.
- 23) Goldt: Mission Frieden. Christliche Perspektive für eine neue Weltordnung, Augsburg 2004.

*Dr. Christoph Goldt studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Katholische Theologie. Er ist derzeit Stellvertretender Leiter der Katholischen Erwachsenenbildung im Bistum Augsburg.*